

38. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Resolution: „Den Pariser Klimavertrag ohne Wenn und Aber umsetzen!“

Adressaten: Fraktionsvorsitzende sowie Energie-, klima- und entwicklungspolitische Sprecher:innen der Bundestagsfraktionen, Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck, Bundesminister der Finanzen Christian Lindner, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir, Bundesminister für Digitales und Verkehr Volker Wissing, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Klara Geywitz, Ministerpräsidenten der Bundesländer, Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Rat der EKD, Deutsche Bischofskonferenz, Kirchenleitungen der Ev. bzw. Ev.-Luth. Landeskirchen in Deutschland

Antragstellende: Pilgerbasis Paris 2015

Ansprechpartner: Dr. Christian Seidel (Hans-Sachs-Str. 10, 14471 Potsdam)

Veranstaltung: ET13 „Wer hat's verbockt? Und was machen wir jetzt?“, Fr. 9.6.2023, 11.00–13.00, Halle 4A, Messezentrum (Zentrum Schöpfungsverantwortung)

Resolution:

Der Pariser Klimavertrag ist ein Meilenstein der internationalen Klimapolitik. Allerdings breitet sich wegen der schleppenden Umsetzung Enttäuschung und Frustration aus. Zu wenige Zusagen werden eingelöst und die im Vertrag geforderten und dringend notwendigen Ambitionssteigerungen sind kaum zu bemerken. Im jüngsten Bericht des Weltklimarats und in der aktuellen Auswertung des Bundesumweltamts wird festgestellt, dass sich die Schere zwischen dem Erforderlichen und dem Realisierten weiter vergrößert. Wir solidarisieren uns deshalb mit den Bewegungen, die gewaltfrei die konsequente Einhaltung von internationalen Verträgen und nationalen Gesetzen für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit einfordern.

Wir fordern die Politik im Bund, den Ländern, Landkreisen und Kommunen auf,

- das wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 2021 verschärfte Klimaschutzgesetz nicht zu verwässern, sondern Sorge zu tragen, dass insbesondere die Sektoren Verkehr und Gebäude ihren dringend notwendigen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen erbringen: Die Glaubwürdigkeit der Politik steht auf dem Spiel!
- alle klimaschädlichen Subventionen abzubauen,
- die derzeitigen, besonderen Maßnahmen zur Energiesicherung auf Basis fossiler Energieträger auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen,
- Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu Pflichtaufgaben zu machen, deren langfristige Finanzierung durch eine neu einzurichtende Gemeinschaftsaufgabe im Art. 91a Abs. 1 GG gesichert wird,

- die jüngsten positiven Erfahrungen bei Energieeinsparung von Energieeffizienz zu nutzen und durch klug gesetzte Randbedingungen suffizientes Verhalten auf weiteren Feldern anzuregen und zu verstetigen,
- Protestaktionen des zivilen Ungehorsams für mehr Klimaschutz und das Einhalten von Gesetzen und Verträgen nicht ungerechtfertigt zu kriminalisieren und sich dem Dialog mit gesprächsbereiten Aktivist:innen zu stellen,
- die relativ umfangreiche und gut strukturierte Klimafinanzierung Deutschlands für Länder des Globalen Südens beizubehalten und einen neuen internationalen Schuldenmanagementkonsens entschieden zu verfolgen: Keine Klimagerechtigkeit ohne Schuldengerechtigkeit!

Wir fordern die Kirchen auf,

- als Vorreiter für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit voranzugehen,
- durch eigene, ambitionierte Klimaschutzgesetze oder vergleichbare, verbindliche Regelungen (insbesondere im Bereich Gebäude und Mobilität) ihren Beitrag zur Erfüllung der Klimaschutzziele zu erbringen,
- klar zu benennen, dass Klimaschutz und Klimagerechtigkeit nicht nur politische und technische Herausforderungen sind, sondern Fragen, die sich jeder auch persönlich stellen muss,
- Stimme und Einfluss geltend zu machen, um noch stärker auf die Klimaschuld der reichen Industrieländer gegenüber den Ländern des Globalen Südens aufmerksam zu machen.

Wir fordern alle auf, ihr persönliches Verhalten zu prüfen und eine nachhaltigere und solidarische Lebensweise anzustreben.